

Anno ... 27. Woche

1849, 1.-23. Juli: Preußisches Militär belagert die Festung Rastatt. Zum Schutz der Reichsverfassung hatte sich im Mai das deutsche revolutionäre Bürgertum erhoben. Nach einem Soldatenaufstand griff die Bewegung auch im Großherzogtum Baden um sich. Eine provisorische Regierung von gemäßigten Liberalen ließ jedoch den feudalen Staatsapparat existieren. Der handelte bald im Sinne der Feudalherren. Nach drei Wochen preußischer Belagerung, am 23.7., werden die aufständischen Revolutionäre zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen. Viele von ihnen sterben im nachfolgenden Wüten der preußischen Soldateska.

1914, 28. Juni: Das Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand wird von den kriegstreiberischen monarchistischen Rechtskreisen und dem mit ihnen verbundenen Groß- und Finanzkapital zum Anlaß für den Beginn des Ersten Weltkrieges genommen.

1934, 30. Juni: Auf Befehl Hitlers, Görings und Himmlers verhaftet die SS schlagartig maßgebliche SA-Führer, Reichswehroffiziere und Politiker des rechtsbürgerlichen Lagers wegen eines angeblichen »Putschversuchs« gegen die Regierung. Über 1 000 Verhaftete werden erschossen. Das als »Röhm-Putsch« in die Geschichte eingegangene Massaker führt zur Festigung des Naziregimes und zur Überbrückung bestehender Differenzen zwischen Hitler und Reichswehrführung.

1944, 1.-21. Juli: 44 UN-Mitgliedsstaaten treffen sich in Bretton Woods (USA) zu einer Währungs- und Finanzkonferenz. Auf ihr wird die Gründung einer Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) zur Gewährung langfristiger Kredite und die Einrichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Stabilisierung der Währungskurse beschlossen. Beides sind Instrumente der führenden kapitalistischen Staaten, andere Länder ökonomisch auszubeuten und politisch zu dirigieren.

1954, 28. Juni: Die Ministerpräsidenten Chinas und Indiens, Tschou En-lai und Jawaharlal Nehru, verabschieden »Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz«: Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen sowie friedliche Koexistenz trotz unterschiedlicher Systeme. Ein Jahr später werden sie auf der asiatisch-afrikanischen Konferenz von Bandung angenommen.

1959, 1. Juli: In Westberlin, was wegen der Neutralität der Stadt eine Provokation ist, wählt die Bundesversammlung den bisherigen Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke (CDU) zum neuen Bundespräsidenten. Die westdeutschen Eliten beweisen damit einmal mehr ihre Kontinuität mit dem Nazifaschismus: Lübke war maßgeblich am Bau von KZ beteiligt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/127176.anno-27-woche.html>